

Pressemitteilung

Berlin, 17. Juni 2005

Bundesverband
privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.

Pflege spricht mit einer Stimme: Gemeinsames Positionspapier zur Pflegeversicherung

Heute auf dem Hauptstadtkongress 2005 in Berlin vorgestellt

Auf ein gemeinsames Positionspapier zur Zukunft der Pflegeversicherung haben sich heute die Vertreter von 1,2 Mio. Pflegekräften und ca. 18.000 Pflegeeinrichtungen auf dem Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit 2005 geeinigt. Diese werden repräsentiert durch den Deutschen Pflegerat e. V. (DPR), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und den Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa). **„Damit haben wir, mit gemeinsamer Stimme von über einer Million Pflegekräften und 90 Prozent aller Pflegeeinrichtungen, der Politik die Weichen für eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung gestellt“**, so Bernd Meurer, Präsident des bpa.

„Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen auch demenziell Erkrankte mit einbeziehen und insgesamt dynamisiert werden, um Pflegebedürftige nicht zu Sozialhilfeempfängern zu machen.“ Mit diesen Worten brachte der stellvertretende Präsident der BAGFW, Rainer Brückers, eine zentrale Forderung des Positionspapiers auf den Punkt. Nicht zielführend bei der Überlegung neuer Strukturreformmodelle zur Finanzierung sei jedoch eine Zusammenlegung von Pflege- und Krankenversicherung. Brückers: **„Das aktuelle Problem besteht in der Verschiebung von Leistungen. Die Pflegeversicherung, in der demographischen Entwicklung immer wichtiger, darf nicht das fünfte Rad am Wagen der GKV sein!“**

Als einen weiteren wichtigen Schritt einer Pflegereform, der in der gemeinsamen Erklärung von DPR, BAGFW und bpa niedergelegt ist, führte DPR-Präsidentin Marie-Luise Müller eine dringend notwendige Veränderung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit an. Müller: **„Ergänzt werden muss der Bereich der sozialen Betreuung. Dies sowohl unter Einbeziehung der psychischen Fähigkeitsstörungen als auch unter Berücksichtigung des spezifischen Hilfebedarfes von Demenzkranken.“** Weiterhin gehe es um die Durchsetzung des Grundsatzes **„Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflegebedürftigkeit“**.

Einig sind sich Pflegekräfte und Pflegeeinrichtungen auch in dem Punkt, dass der Vorrang ambulanter Pflege durch eine Anpassung der ambulanten Sachleistungen und eine bedarfsgerechte Erweiterung der ambulanten Infrastruktur gewährleistet werden muss. Bernd Meurer: **„Allerdings dürfen die notwendigen Leistungsverbesserungen im ambulanten Bereich nicht einen radikalen Kahl-schlag bei den stationären Sachleistungsbeträgen zur Folge haben.“**

Das Positionspapier war auch zentrales Thema einer heutigen Podiumsdiskussion auf dem Hauptstadtkongress. **„An der Umsetzung wird sich die im September neu gewählte Bundesregierung zu messen haben“**, gaben die Unterzeichner den dort vertretenen Parteien mit auf den Weg. Mit auf dem Podium saßen die rheinland-pfälzische Sozialministerin Malu Dreyer (SPD), der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Zöllner und die pflegepolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Petra Selg.

Das Positionspapier im Internet:
www.bpa.de, www.bagfw.de, www.deutscher-pflegerat.de.

Bei Rückfragen: Birte Wimmer, 030 – 30 87 88 60

**Bundesverband
privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.**

Bundesgeschäftsstelle
Hannoversche Straße 19
10115 Berlin
Telefon: (0 30) 30 87 88 60
Telefax: (0 30) 30 87 88 89
bund@bpa.de
www.bpa.de

**BAGFW
Bundesarbeitsgemein-
schaft der Freien
Wohlfahrtspflege e.V.**

Oranienbunge Str. 13 – 14
10178 Berlin
Telefon: (0 30) 24 08 9 – 0
Telefax: (0 30) 24 08 9 – 134
info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

**DPR
Deutscher Pflegerat e.V.**

Geisbergstraße 39
10729 Berlin
Telefon: (0 30) – 219 157 – 57
Telefax: (0 30) – 219 157 – 77

dprwiesbaden@aol.com
www.deutscher-pflegerat.de